

Von: Chantal Kopf <chantal.kopf@gruene-freiburg.de>
An: Christoph Galli <chrisgalli@aol.com>
Verschickt: Fr, 24. Sept 2021 11:39
Betreff: Re: Erinnerung einer Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Galli,

vielen Dank für Ihren Lagebericht und Ihre Erinnerung. Bitte entschuldigen Sie die verzögerte Stellungnahme; mich erreichen derzeit unzählige Zuschriften aus dem gesamten Wahlkreis und ich versuche so gut es geht, allen gerecht zu werden.

Die Diskussion um die Breisacher Krankenhaus kenne ich seit meiner Zeit als Mitarbeiterin bei Kerstin Andreae und verfolge sie seither in der Presse und in Gesprächen mit beteiligten Personen aus Breisach. Ich würde mich sehr gerne nach der Wahl mit Ihrer Initiative treffen und austauschen. Zunächst einmal im Gespräch mit Ihnen und Ihren Mitstreiter*innen, in einem zweiten Schritt könnte ich mir dann eine Art „Runden Tisch“ vorstellen, um mit alle relevanten Akteur*innen kluge Lösungen zu erarbeiten.

Gerade in der Idee einer vertieften Zusammenarbeit mit unseren französischen Nachbarn steckt eine Menge Potential für viele Politikbereiche – darunter auch für den Gesundheitsbereich und konkret für das Breisacher Krankenhaus. Ich weiß allerdings, dass im Bereich der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung noch viele Hürden bestehen und werde mich als Abgeordnete für deutliche Erleichterungen einsetzen.

Für mich steht eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung außer Frage. Um diese auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es geänderte Rahmenbedingungen auch auf Bundesebene. Zurecht kritisieren Sie die Fehlanreize bei den Fallpauschalen. Die Grüne Bundestagsfraktion fordert schon seit langem, das DRG-System zu reformieren, so dass bedarfsgerechte Versorgung und nicht die lukrativsten Leistungen im Mittelpunkt stehen (siehe <https://www.gruene-bundestag.de/themen/gesundheit/krankenhaeuser-fuer-die-zukunft-ruesten>).

Auch im Bundestagswahlprogramm wird deutlich, dass wir Grüne Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren möchten: „In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu Fehlanreizen zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt. Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der Bund soll die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die Krankenhausplanung zu definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was nötig ist. Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote muss ein Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet, sodass Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient*innen und Beschäftigte ist – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit

Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder schließen."

<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>)

Auch zur Notfallversorgung fordern wir konkrete Verbesserungen: „Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassender medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die passende Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An zentralen Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen. Gerade nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass Patient*innen in weniger ernstesten Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch eigene Budgets für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.“

<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>)

Diese grundsätzliche Positionierung der Grünen Bundespartei ist das eine, mindestens genauso wichtig ist mir aber der offene Dialog vor Ort. Als Bundestagsabgeordnete möchte ich eine Scharnierfunktion zwischen Wahlkreis und dem Bundestag einnehmen und Ihre konkreten Anregungen und Kritikpunkte ins politische Berlin mitnehmen. Ich würde mich daher freuen, wenn wir nach der Wahl die oben angedeutete Idee eines Runden Tisches gemeinsam aufgreifen könnten.

Vielen Dank für Ihr Engagement für das Breisacher Krankenhaus und die Gesundheitsversorgung in der Region!

Mit freundlichen Grüßen
Chantal Kopf

Chantal Kopf
Bundestagskandidatin
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Freiburg
Rehlingstr. 16a (Grünes Büro)